

Forderung nach Friedensfahne

Die OLA sieht die Israel-Flagge am Rathaus als „irreführendes Signal“

ANSBACH (mau) – Die Offene Linke Ansbach (OLA) hat „ein klares Zeichen gegen das Morden in Gaza“ gefordert und verlangt das Hissen der Friedensfahne am Ansbacher Rathaus „als Signal für Menschlichkeit und Völkerverständigung“. Indes hat OB Thomas Deffner Antwort aus Berlin bekommen.

Die Schreiben Deffners an Außenminister Johann Wadephul (CDU) und Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) waren der Auslöser für die OLA-Reaktion. Der OB forderte eine deutliche Verurteilung der Angriffe der Israelis gegen den Gazastreifen. Gleichwohl will Deffner die israelische Flagge weiterhin am Rathaus wehen lassen. Diese stehe für das israelische Volk und nicht für die

Regierung des Landes. Die OLA kommt zu einem anderen Ergebnis: „Es ist ein irreführendes Signal, wenn wir die Fahne eines Staates hissen, dessen Regierungschef offiziell erklärt, Menschen vertreiben und den Gazastreifen ethnisch säubern zu wollen“, wird Fraktionsvorsitzender Boris-André Meyer in einer Pressemitteilung zitiert.

Nach Schätzungen der UN seien schon jetzt über 50.000 Zivilisten von der israelischen Armee getötet worden, zitiert die OLA offizielle Zahlen. Deffners Vergleich zwischen den ukrainischen und den palästinensischen Opfern sei richtig. Doch so wie man selbstverständlich keine russische Fahne am Rathaus hisse, könne man die israelische nicht mehr hängen lassen, findet die OLA.

Es sei richtig gewesen, angesichts der Verbrechen der Hamas am 7. Oktober 2023 Solidarität mit Israel zu zeigen, heißt es in der Pressemitteilung. Doch die Verbrechen der israelischen Regierung erforderten nun eine Korrektur. Das sei man auch der Opposition in Israel schuldig, die gegen die blutrünstige Politik Netanjahus auf die Straße geht.

Das Schreiben aus dem Auswärtigen Amt, das an OB Deffner ging, ist eher allgemein gehalten und spiegelt das wider, was die Bundesregierung nach außen bekannt gibt: „Wir werden weiter darauf bestehen, dass es jetzt einen unmittelbaren Waffenstillstand, ein Abkommen zur Freilassung der israelischen Geiseln und umfassend und auf Dauer humanitäre Hilfslieferungen geben muss.“